

bleibt aufmerksam!

Wir rufen dazu auf, nicht nur im Zusammenhang mit den Krisenprotesten, Aussagen bei der Polizei und Staatsanwaltschaft zu verweigern. Auch bei vermeintlich „unverfänglichen“ Aussagen besteht die Gefahr, dass die Ermittlungsbehörden neue Erkenntnisse erlangen oder weitere Personen, deren Namen preisgegeben werden könnten, vorgeladen werden. Hier ist weder Platz für Spekulationen noch für „held*innenhafte“ Einzelaktionen. Meldet euch bei uns, wenn es zu Vorladungen, Anquatschversuchen oder Verfahren kommt – wir werden niemanden alleine lassen und vermitteln euch solidarische Anwält*innen, wenn nötig.



Die ROTE HILFE ist eine bundesweite linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Wir unterstützen all jene, die sich für eine befreite Gesellschaft ohne Krieg und Kapitalismus, sowie gegen jede Form von Unterdrückung von Menschen durch Menschen richten. Wer in diesem Kampf von staatlichen Organen bedrängt wird, für den oder die organisieren wir finanzielle und öffentliche Unterstützung. Wir stellen ebenfalls Informationen über das Vorgehen der staatlichen Akteur*innen zur Verfügung und begleiten gerichtliche Strafverfahren.

Die Rote Hilfe finanziert sich hauptsächlich über mehr als 6.000 Mitglieder und zusätzliche Spenden. Um unsere Arbeit gegen staatliche Repressionen im Zusammenhang mit M31 & Blockupy zu unterstützen, könnt ihr uns Geld überweisen auf:



Konto Rote Hilfe e.v.
Kt-Nr. 4007238390
BLZ 43060967
Bank GLS
Verwendungszweck Krisenproteste

info- und beratungsabende

jeden 2. und 4. Montag im Monat
zwischen 20 und 22 Uhr
im café exzess // Leipzigerstr. 91 // 60487 FFM

kontakt

ffm@rote-hilfe.de (PGP-Key auf...)
www.frankfurt.rote-hilfe.de

Sprechzeiten des Ermittlungsausschuss
am 2. Freitag des Monats // 20 Uhr
im Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Ffm

VI/S.d.P.P.R. Bement, Postfach 3255, 37022 Göttingen

für SOLIDARITÄT UND

Ver samml UNG S- freiheit

Kapitalismus und STAATliche Repression

beK ä mpf en

Auch in Frankfurt am Main haben sich in den vergangenen Wochen Krisenproteste gegen die Politik der EU, EZB und Troika verschärft. Es kam während M31 und Blockupy zu hunderten Festnahmen und unterschiedlichsten Formen von Freiheitsberaubungen. Wir haben und werden Menschen, die von staatlicher Repression betroffen sind, unterstützen und einen kollektiven Umgang mit Angriffen von Polizei und Justiz gegen antikapitalistische Proteste fördern. Wie und was Stand der Repressionen ist, könnt ihr hier nachlesen.



M31

Am 31. März 2012 kam es in Frankfurt zu einer bundesweiten Demo gegen Kapitalismus und die Krisenpolitik der Troika. Die Demo war sehr kämpferisch, es kam zu vielen militanten Aktionen, Sachbeschädigungen und massiven ‚Störungen‘ in der Innenstadt. Ein Teil der Demo wurde eingekesselt und im gesamten Verlauf und der anschließenden Nacht wurden fast 500 Personen festgenommen. Die Anwält*innen rechnen mit einer hohen Anzahl an sogenannten „qualifizierten Verfahren“, bei denen es aller Wahrscheinlichkeit nach zu Gerichtsverhandlungen kommen wird. Dadurch werden weitere hohe Kosten entstehen.

Obwohl es nur spekulativ wäre zu diesem Zeitpunkt über die möglichen Verfahren zu sprechen, wollen wir hier auf Grundlage der Straftats- und Ordnungswidrigkeitsvorwürfe durch die Polizei einen ersten Einblick in zu erwartende Gerichtsprozesse geben. Mehreren Festgenommenen wird von der Polizei schwere Sachbeschädigung, Brandstiftung, Bildung bewaffneter Banden oder Körperverletzung unterstellt. Einer Person raten wir eindringlich zu einer Anwältin, da ihr Verfahren zwar wie bei allen derzeit in der Schwebe liegt, ihr Aufenthaltsstatus aber ungeklärt ist.

Die willkürlichen Polizeiaktionen während M31 fanden einen ihrer Höhepunkte in dem über 7 Stunden andauernden Kessel in der Battonstraße. Gegen diese rechtswidrige Maßnahme werden derzeit in mehreren Städten von Antirepressionsgruppen und Betroffenen Klagen vorbereitet.

Im Laufe der M31-Demo wurde ein Verbindungsbeamter angegriffen, weshalb die anschließend eingerichtete 25-köpfige SOKO der Polizei u.a. wegen vermeintlichen versuchten Totschlag ermittelt. In diesem Zusammenhang bekamen bisher 9 Personen aus dem Rhein-Main Gebiet Zeug*innenvorladungen. Auf unsere Empfehlung hin verweigerten bisher 5 Personen auch gegenüber der Staatsanwaltschaft jede Aussage, bei den weiteren kam es (noch) nicht zu einer staatsanwaltschaftlichen Vorladung (Stand: Anfang Juni 2012). Hierbei haben wir die Übernahme aller entstehender Kosten zugesagt, da wir die Entscheidung zur Aussageverweigerung zum Schutz linker Strukturen für die Betroffenen nicht an finanzielle Fragen koppeln wollen. Bisher haben die 5 ein Ordnungsgeld von der Staatsanwaltschaft (vor der sie unter Androhung ebendieser aussagen müssten) jeweils in Höhe von 200 € erhalten. Wenn Menschen sich, trotz einer eventuellen Beugehaftandrohung, gegen Zeug*innenaussagen entscheiden, sind weitere hohe Kosten und persönliche Unterstützung zu tragen.



blockupy

478 bei M31 Festgenommene haben kurzfristig für die Blockupy-Aktionstage Aufenthaltsverbote für Frankfurt erhalten. Wir haben allen geraten hiergegen innerhalb eines Tages ein Eilverfahren vor dem Amtsgericht anzustrengen. Um möglichst vielen einen Aufenthalt zu ermöglichen und die Angst vor der Klage zu nehmen, haben wir auch hier die Zusage übernommen einen Teil der entstehenden Kosten zu tragen. Die Eilverfahren wurden direkt von ca. 25-30 Personen eingereicht und vor dem Verwaltungsgericht gewonnen. Es entstehen somit keine Kosten, wenn die getätigten Widersprüche und Verfahren von den Antragssteller*innen zurückgenommen werden.

Obwohl die Aufenthaltsverbote durch das Gericht als rechtswidrig beschieden wurden, setzte die Polizei bereits am ersten Abend der Blockupy-Aktionstage diese Praxis fort. Mehrere hunderte Personen erhielten auch in den darauffolgenden Tagen Aufenthaltsverbote, die bis über die angemeldete und erlaubte Demonstration am Samstag hinaus gingen. Daraufhin stellten viele der Betroffenen den solidarischen Anwält*innen des EA (ermittlungsausschuss) Vollmachten aus um dagegen zu klagen. Die Justiz, die bereits durch das Bestätigen der Versammlungsverbote die notstandsähnliche Polizeistrategie unterstützte, bekannte hier ein weiteres Mal, dass sie sich im Ernstfall gegen elementare Grundrechte stellt. Durch das Verweigern eines Notdienstes des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Feiertag hatten die größtenteils willkürlichen Innenstadtverbote trotz offensichtlicher Rechtswidrigkeit bis Freitag Abend Bestand. Erst dann musste die Polizei Verbote für die Teilnahme an der Demonstration zurücknehmen, wobei gegen kurzweilige Aufenthaltsverbote weiterhin gerichtlich vorgegangen wird. Personen, deren Aufenthaltsverbote zurückgenommen worden, wird empfohlen Datenlöschung beim Polizeipräsidium Frankfurt einzufordern. Eine Anleitung dazu findet sich auf der Homepage des EA Frankfurt. Auch die anreisenden Busse wurden zum Teil über mehrere Stunden von der Polizei auf Autobahnraststätten festgehalten, kontrolliert, schikaniert und die Insass*innen abfotografiert. Gegen diese willkürlichen Maßnahmen wurden in Berlin bereits Klagen eingereicht. Nicht vergessen werden soll, dass es während der verbotenen Protesttage zu teilweise schweren Körperverletzungen an Demonstrant*innen kam. Für die Polizei dürfte dies -wie fast immer- straffrei bleiben.



...was folgt daraus?

Ohne ausführliche Reflexionen auszublenden, hat die Entschlossenheit der Proteste und die verstärkte Kritik an der Krisenpolitik dazu geführt, dass das auf Konkurrenz- und Wertungslogik basierende System sich bedroht fühlt. Es gilt den polizeilich vorangetriebenen Schreckensszenarien entgegenzutreten und den Protest weiterzuführen. Zeigt der Staat seine Zähne, kann uns das nur sagen, dass die antikapitalistische Bewegung den richtigen Weg eingeschlagen hat!

Das massive Auffahren einer Aufstandsbekämpfungsmaschinerie und eine zeitweise Präsenz von bis zu 8.000 Polizist*innen in und um Frankfurt muss im Nachhinein und in Zukunft vielfältig bekämpft werden. Dabei sollten auch Beeinflussungen durch die polizeiliche und bürgerlichen Presse als solche frühzeitig enttarnt werden, um weiteren Versammlungsverböten in Innenstädten, gesellschaftlich akzeptierter Polizeigewalt und Totschlag-Vorwürfen gegenüber Polizist*innen gemeinsam entgegenzutreten.